

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/133

Bonn, den 18. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Biafra - ein Prüfstein 81

Von Hans Jürgen Wischniewski,  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3 - 3 a CD - CC - MdB - MdL - MdS - MdG 56

CDU-Rasner und die Plakette  
Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD

3 a Fünf Millionen minus 500.000 19

Die Auslandsgriechen und ihre neue Verfassung

4 So fördert Israel den Sport 49

Kleines Land mit großen Leistungen  
Von Ernst Dieter Schmickler

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Ausbildung heißt langfristig planen  
Von Ilse Elsner, MdB

IG Metall will Chancen der Frauen im Beruf verbessern  
Kurzmeldungen

\* \* \*

### Biafra - ein Prüfstein

Von Hans Jürgen Wischniewski

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Nachrichten, die uns in diesen Wochen aus Nigeria erreichen, gehören wohl zu den erschütterndsten, die wir nach dem Zweiten Weltkrieg vernennen mußten. Über tausend Menschen, so melden diese Berichte, sterben täglich den Hungertod, Millionen werden an den Folgen des Hungers vermutlich sterben, unzählige sind dem Tode geweiht, ohne es zu wissen. Und der Bürgerkrieg in Nigeria, der einen der größten und volkreichsten afrikanischen Staaten um Jahrzehnte zurückwerfen wird, der an Grauen dem Vietnamkrieg nicht nachsteht, geht noch immer weiter.

Ein politisches Urteil ist schwierig. Die deutsche Bundesregierung hat die politische und wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten stets mit großer Anteilnahme verfolgt und dort, wo es ihr möglich war, durch Entwicklungshilfe versucht, den Aufbau dieser jungen Staaten zu fördern. Immer wieder hat sie mit Besorgnis feststellen müssen, wie sehr einzelne Staaten Gefahr liefen, in kleine, wirtschaftlich nicht mehr lebensfähige Teile zu zerfallen.

Diese Zersplitterung macht den afrikanischen Staaten das Überleben oftmals sehr schwer. Wenn streitende Stämme eine kaum gefestigte Nation zerreißen, ist die Gefahr der Ansteckung, die zur Atomisierung Afrikas führen kann, sehr groß; ein Grund vielleicht, daß die Nachbarn Nigerias der Auseinandersetzung um Biafra untätig zusehen. Als sich die Ostregion Nigerias unter dem neuen Namen Biafra vor nunmehr einem Jahr zur Abtrennung entschloß, hielten auch wir diese Entscheidung für entwicklungs- politisch gefährlich. Und auch heute liegt uns an einem einheitlichen Nigeria, in dem die entwicklungspolitische Aufbauarbeit Erfolg verspricht.

Wenn die Erhaltung der Einheit aber so viele Opfer kostet, wie dieser Bürgerkrieg gefordert hat, dann kann es wider alle politischen und wirtschaftlichen Überlegungen nur noch um den Frieden gehen. Wenn sich die Stämme eines jungen Staates zerfleischen wie in Nigeria, dann kann nur noch versucht werden, das Leben der Bevölkerung zu retten. Dann müssen die großen Nationen, die zur Sicherung des Friedens geschaffenen internationalen Organisationen, mit allen Kräften versuchen, dem Töten Einhalt zu gebieten.

Jetzt ist es nur noch wichtig, den Verletzten und den

Hungernden schnell und großzügig zu helfen. Seit einiger Zeit bemüht sich die Bundesregierung, die Not in Nigeria - vor allem aber im eingeschlossenen Biafra - nach Möglichkeit zu lindern: Am Montag dieser Woche hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Zivilbevölkerung Biafras eine Million DM bereitstellen können - 500 000 DM für Nahrungsmittel, 500 000 DM für Medikamente. Schon zuvor hatte das Auswärtige Amt 1,1 Millionen DM zur Linderung der Not im nigerianischen Kampfgebiet zur Verfügung gestellt, und Außenminister Brandt hat im Fernsehen eindringlich auf das Schicksal der Bevölkerung Biafras aufmerksam gemacht.

Wir sind uns völlig klar, daß diese und auch die von beiden Kirchen zur Verfügung gestellten Mittel nur einem kleinen Teil der eingeschlossenen Bevölkerung der Ostregion Nigerias helfen können. Wir können nicht aufhören mit der Hilfe. Und wir müssen vor allem weiter versuchen, zu Friedensgesprächen zwischen beiden Gebieten beizutragen.

Noch haben die Vereinten Nationen, noch hat die Organisation für afrikanische Einheit in den Kampf, der ein afrikanisches Volk vielleicht endgültig ausrotten wird, unverständlicherweise nicht eingegriffen; noch schweigen auch die großen Mächte. Zwei von ihnen, Großbritannien und die UdSSR, fühlen sich sogar verpflichtet, die nigerianische Zentralregierung durch Waffenlieferungen zu unterstützen. Vielleicht ist den Regierungen der beiden großen Mächte nicht bewußt geworden, daß die hungernden Verteidiger Biafras weniger die Waffen fürchten als die endgültige Besetzung, daß weitere Rüstungshilfe den Konflikt nicht verkürzt, sondern verlängert. Denn, wenn die Eingeschlossenen zum Hungertod bereit sind, werden sie die technische Überlegenheit des Gegners sicher weiterhin mißachten. Wer diesen anachronistischen Krieg beenden will, ist gezwungen, jede militärische Unterstützung der streitenden Völker einzustellen. Dann wird es vielleicht möglich, den Verletzten rascher zu helfen, den Hungernden früher Nahrung zu bringen. Die Bundesregierung bemüht sich, in Gesprächen mit Großbritannien auf die Folgen weiterer Waffenlieferungen hinzuweisen.

Biafra, so wird deutlich, ist zu einem Auftrag an die zivilisierte Welt geworden. An die Industrienationen, die beweisen müssen, daß sie seit dem Zweiten Weltkrieg, seit Korea und Vietnam hinzugelernt haben. Denn die westlichen und östlichen Staaten, die seit Jahren von Frieden und Entspannung sprechen, würden ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie am Prüfstein Biafra scheiterten.

CD - CC - MdB - MdL - MdS - MdG\*

CDU-Rasner und die Plakette

Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD

Bonns Journalisten brauchen sich in diesem heißen Sommer keine Sorgen mehr zu machen, daß ihnen der Stoff ausgeht und sie auf das alle Jahre in schottischen See Loch Ness auftauchende Ungeheuer zurückgreifen müssen. Der CDU-Abgeordnete Rasner und einige seiner Freunde haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein Thema gelenkt, das ihnen zwar schon seit Jahren auf den Nägeln brennt, merkwürdigerweise aber erst jetzt ans Tageslicht gebracht worden ist: Die Mitglieder des Deutschen Bundestages sollen mit Hilfe eines Ehrenschildes an ihren Fkw's Rechte und Privilegien bekommen, wie sie bisher nur der Spezies der Diplomaten zustehen. Der Abgeordnete Rasner macht sich stark dafür, daß er und seine Kollegen künftig an ihrem Wagen ein Schild mit der Aufschrift "MdB" führen dürfen, das rasernde Fahrt im Straßenverkehr auch dann garantieren soll, wenn andere stehen müssen.

Der Vorschlag ist wirklich bestechend. Seine Verwirklichung würde gewiß dazu führen, daß sich das unberechtigterweise geringe Ansehen, das die Parlamentarier in manchen Bevölkerungskreisen genießen, mit einem Schlag in Achtung und Respekt verwandelte. Es käme sogar möglicherweise noch Mitleid hinzu, wenn z.B. in einer Schlange schon stundenlang festsitzende Autofahrer sich die Wartezeit durch frisches Luftschnappen und einen Spaziergang am Straßenrand vertreiben könnten, während der arme Abgeordnete vorbeirast, von einem Terrain zum anderen.

So bestechend die Idee des Abgeordneten Rasner ist, so kommt es doch entscheidend darauf an, wie die theoretischen Überlegungen in die Praxis umgesetzt werden. Wir meinen, daß sich Herr Rasner und seine Freunde in der nächsten Zeit einmal nach Bayern begeben sollten,

\* CD = Corps Diplomatique      MdL = Mitglied des Landtages  
CC = Corps Consulaire      MdS = Mitglied des Stadtrates  
MdB = Mitglied des Bundestages      MdG = Mitglied des Gemeinderates

um sich dort bei der Bayernpartei die Erfahrungen anzuhören, die deren Vorsitzender mit der vor kurzem gestarteten Aktion eines bayerischen Nationalitätszeichens - BY auf weißem Grund - gesammelt hat. Vielleicht käme dabei sogar ein völlig neues Schild heraus, speziell für bayerische Abgeordnete: "BY - MdB", womit die Bayernpartei, z.Zt. nur noch in einigen altbayerischen Gemeindeparlamenten vertreten, auch auf Bundesebene wieder zu einem Erfolg käme.

Ein zweiter Punkt, der sorgfältige Überlegungen erfordert, ist die Tatsache, daß man in der Bundesrepublik mit ihrer föderalistischen Struktur natürlich auch den Landtagsabgeordneten ein solches Schild nicht vorenthalten kann. Und da wir schließlich ja noch eine dritte Ebene, die der Gemeinden, haben, werden wohl auch die Stadt- und Gemeinderäte, von Kiel bis München, von Helmstedt bis Aachen, ein solches Schild beanspruchen dürfen - natürlich etwas kleiner als für die Bundes- und Landtagsabgeordneten, versteckt sich.

Wie man sieht, eröffnen sich aus Herrn Rasners Vorschlägen ungeahnte Möglichkeiten und neue Märkte für die Schilder-Industrie.

Dem besorgten Leser, der vielleicht jetzt meint, auch die SPD hätte in der sommerlichen Hitze Schaden genommen, sei zum Schluß zur Beruhigung gesagt: In unserem Land stehen genug wichtige Probleme an, die es zu lösen gilt, als daß Zeit dafür wäre, Arbeitskraft und Gedanken an lächerlichen Vorhaben zu verplempern, die niemandem nützen.

Wir hoffen, daß wir von dem Firtlefanz des Herrn Rasner nichts mehr zu hören und zu sehen bekommen. Zum Glück hat Bundesverkehrsminister Leber schon die Bremse gezogen.

+ + +  
Fünf Millionen minus 300.000  
-----

#### Die Auslands Griechen und ihre neue Verfassung

sp - Wenn am 29. September 1968 die etwa fünf Millionen stimmberechtigten und stimmverpflichteten Bürger Griechenlands zum Volksentscheid über die neue griechische Verfassung antreten, werden ihre im Ausland lebenden Mitbürger - etwa 300.000 - nicht ihrer Bürgerpflicht nachgehen können. Der stellvertretende Ministerpräsident Pattakos meinte, es sei zu schwierig, die im Ausland lebenden Griechen an die Wahlurnen zu bekommen, "leider" müsse man daher auf ihre Stimmen verzichten...

#### Dieses Bedauern ist natürlich Heuchelei

Es gibt überall in Ausland griechische Botschaften und Konsulate. Gerade die Auslands Griechen, insbesondere die 150.000 Gastarbeiter und Studenten in der Bundesrepublik, hätten sich ein Vergnügen daraus gemacht, der Militärjunta mittels Stimmzetteln zu sagen, was sie von der undemokratischen Verfassung halten. Um dem sicher für Athen peinlichen Ergebnis eines Volksentscheids der Auslands Griechen zu entgehen, sagt man jetzt, man müsse "leider" auf deren Stimmen verzichten. Jeder demokratische Staat legt Wert darauf, daß auch seine im Ausland lebenden Bürger an Wahlen teilnehmen können. Die griechische Militärjunta geht großzügig eigene Wege. Sie weiß warum.

## So fördert Israel den Sport

### Kleines Land mit großen Leistungen

Von Ernst Dieter Schrickler

Rund sechs Millionen Pfund (ca. 57 Millionen DM) will Israel für ein Sportförderungsprogramm aufwenden, das in Zusammenarbeit zwischen den Sportverbänden und staatlichen Verwaltungsbehörden erstellt wurde. Der größte Anteil dieser, für einen 2,5 Millionen-Staat erstaunlichen Aufwendungen, entfällt auf die geplanten Stadien in Beersheba, Jerusalem und die Bereiche um Maaman und Haifa. Turn- und Sporthallen, Sportplätze und Basketballanlagen mit Flutlicht sind in Israels "Goldenen Plan" ebenso enthalten wie Tennisplätze, Schießstandlager und der Ausbau von Ruder- und Segelzentren. Das Wingate Sportinstitut bei Tel Aviv soll ein Schwimmbad mit temperiertem Wasser nach internationalen Gesichtspunkten erhalten.

In der jetzt von der Israelischen Botschaft in Bad Godesberg herausgegebenen Bilanz - 20 Jahre Sport in Israel - wird besonders auf die erfolgreichen Versuche der Trainer- und Sportlehrerausbildung in Zusammenarbeit mit anderen Ländern hingewiesen. Nach wenigen Jahren zeigen sich bereits die Erfolge. Neben der praktischen Auswertung der international gesammelten Erfahrungen durch Seminare im nationalen Bereich wird der Sport im unruhigen "heiligen Land" auf die Fachschaften Kegeln, Fechten, Badminton, Eisschnelllauf und Reiten ausgeweitet.

Mit Stolz verweist man in Israel auf die sportliche Breitenarbeit vom Wüstenmarsch über den "Berg-Tabor-Lauf" bis zum Volksschwimmen durch den See Genezareth, wo 3000 Teilnehmer keine Seltenheit sind. Durch eine verstärkte finanzielle und personelle Förderung der Sportvereine soll der Breiten- und Spitzensport eine weitere Aktivierung erfahren.

Unter Hinweis auf die verschiedenen Lebensgewohnheiten der aus 72 Ländern stammenden Bevölkerung und die strukturellen und sozialen Unterschiede - vom modernen Staatsbürger mitteleuropäischen Typs bis zum Beduinenstamm in der Wüste Negev - stellt die "Israelische Sportanalyse" besonders die Erfolge auf internationaler Sportebene heraus. Drei asiatische Meisterschaften holten die Fußballer durch die Siege der National- und Juniorenmannschaft sowie Hapoel Tel Aviv im Mannschaftswettbewerb 1967 in das Land der Verheißung. Asiatische Meisterschaftslehren gab es ebenfalls für die Nationalvertretung der Basketballer, die immer mehr auf sportlichem Vormarsch sind. Auch im Gewichtheben, dem Schießsport und der Leichtathletik zählt Israel zu den stärksten Nationen im asiatischen Raum. Nicht zuletzt die Erfolge bei den asiatischen Spielen 1966 in Bangkok haben den Israelis bewiesen, daß sie den richtigen Kurs eingeschlagen haben. Das 1961 errichtete "Amt für Sport und Erziehung" im Kultusministerium steht kurz vor dem Abschluß eines Forschungsprogramms, das vom Schulsport über moderne sportmedizinische Erkenntnisse bis zu der Errichtung von Leistungszentren, den Sportlern den internationalen Anschluß und Vergleich garantieren soll.

Einen Überblick über den Sport in Israel wird sich auch die Fußball-Elf der Abgeordneten des Bundestages verschaffen, die voraussichtlich im November in Jerusalem oder Tel Aviv zu einem Rückspiel gegen eine israelische Abgeordnetenmannschaft eingeladen wurde. Die Bemühungen des SPD-Abgeordneten und Vorsitzenden der Sportgemeinschaft des Bundestages, Dr. Müller-Emmert, und der Israelischen Botschaft in Bad Godesberg stehen kurz vor dem Abschluß.